

Antrag des Parteivorstandes an die Delegierten der SVP Schweiz vom 14. Januar 2017 in Le Châble (VS)

Am 9. Februar 2014 haben Volk und Stände die Masseneinwanderungsinitiative der SVP gutgeheissen.

Das Volk hat damit gesagt, dass es nicht mehr bereit ist, die negativen Folgen der ausser Kontrolle geratenen Massenzuwanderung zu akzeptieren.

Diesen Verfassungsauftrag des Volkes hat die Mehrheit von Parlament und Bundesrat in keinem einzigen Punkt umgesetzt.

Wir haben heute:

- keine eigenständige Steuerung der Zuwanderung;
- keine jährlichen Höchstzahlen und Kontingente;
- keine Beschränkung des Familiennachzugs;
- keine Einschränkung der Sozialleistungen;
- kein echter Inländervorrang.

Vor diesem Hintergrund beschliesst die Delegiertenversammlung:

- Die SVP ergreift kein Scheinreferendum, da dieser Weg keine Lösung für das Problem der unkontrollierten Masseneinwanderung bringt;
- Der Parteileitungsausschuss wird beauftragt, der Delegiertenversammlung vom 24. Juni Lösungsvarianten vorzulegen, wie die masslose Zuwanderung gestoppt werden kann. Das falsche Prinzip der heute geltenden Personenfreizügigkeit ist zu beseitigen, die Zuwanderung muss wieder eigenständig gesteuert werden. Ob dafür eine Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens genügt, oder ob es weitere Massnahmen braucht, ist zu prüfen.